

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Best- und Verjammlungsinserte lösen pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserte werden nicht angenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Blumenhauer Straße 33—42. Telefon-Nr. 33 u. 30. Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

### Arbeiterverhältnisse im rheinischen Braunkohlenbergbau.

Offentlich ist von dem jüngsten größeren deutschen Kohlen-gewinnungsgebiet so wenig die Rede, daß nur wenige Eisenbahnreisende von Köln nach Trier wissen, durch welches bedeutende Industriegebiet sie gleich hinter der rheinischen Hauptstadt fahren. Vor einigen Jahrzehnten belief sich die Hauptkohlenförderer im R ö l n - W r ä h l e r Bezirk erst auf etliche hunderttausend Tonnen. 1913 aber wurden hier über 20% Millionen Tonnen Braunkohlen gewonnen. Das waren schon über 20 Proz. der gesamten deutschen Braunkohlenförderung. Der gewaltige Kohlenreichtum dieses Bezirks blüht dafür, daß die Förderung noch weiter erheblich steigen wird. 1914 ist allerdings infolge des Krieges die Förderung auf 19% Millionen Tonnen zurückgegangen.

Die günstigsten Lagerungsverhältnisse: nur gering mächtiges Deckgebirge und eine reine Kohleumächtigkeit bis 100 Meter, gestatten den maschinellen Betrieb in einer selten umfangreichen Weise. Das Abräumen wie auch die Kohlen-gewinnung geschieht weit vorwiegend durch Vaggers. Nur etwa 10—20 Prozent der Kohle, die fast nur mühsam, sehr wenig nützlich ist, wird durch Handarbeit („Schipperarbeit“) gewonnen. Die meist mächtig ausgedehnten Betriebe sind durchweg Tagesbaue. Durch maschinelle Förderung und Transporte (Seilen- und Seilbahnen) wird die Kohle der zu jeder Grube gehörigen Brückfabrik zugeführt.

Die Gewinnungskosten sind ganz außerordentlich niedrig! In dem zweibändigen Sammelwerk: „Der Bergbau auf der linken Seite des Niederrheins (Berlin 1910)“ hat Herr St. Reichard die maschinelle Gewinnung im Abban und bei der Vorrichtung im niederrheinischen Braunkohlenbergbau beschrieben. Er berechnet auf Grund betrieblicher Erfahrungen, daß sich durchschnittlich die Selbstkosten pro Hektoliter (14,4 Hektoliter gleich 1 Tonne) „bis zum Anschlagspunkt der Seilbahnen in der Grube inklusive Materialkosten, aber ohne Abraum, Strecken- und Aufbruchsbetrieb“ auf etwa 1 Pfennig stellen, die Tonne also auf nur etwa 15 Pfennig Selbstkosten zu stehen kommt! Inzwischen ist die Verbilligung der Selbstkosten dank dem forcierten maschinellen Betrieb weiter vor sich gegangen. Aus dem Gr u r l i w e r k stellen sich, nach Reichard, die Selbstkosten 1909 auf etwa 17,85 Pfennig pro Tonne bei einer Förderung von 2.607.978 Tonnen. Nach dem „Handbuch für die Braunkohlen-industrie“ (Ausgabe 1915) stellen sich auf einem großen Niederlausitzer Braunkohlenwerk, wo wie am Niederrhein die Gewinnung mit Vagger im Tagebau vor sich geht, die Selbstkosten (ohne Verwaltung und Generalkosten) auf etwa 6,09 Pfennig pro Hektoliter, oder auf etwa 9 Pfennig pro Tonne! Also sind die Gewinnungskosten am Niederrhein sogar noch bedeutend geringer als in der Niederlausitz, wo der Betrieb sich schon durch besondere Billigkeit auszeichnet.

Gleichen wir den Vergleich weiter aus mit Hilfe der amtlichen Bergwerksstatistik („Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches“, 1914, Heft 4). Danach hat 1913 betragen die

Förderung von Braunkohle	Zahl der durchschnittlich Beschäftigten (Personen (Berufsjahre))	Durchschnittliche Förderung pro Beschäftigten (Tonnen (tund))
Niederrhein. Bezirk . . . . .	20 256 136	5 578
Niederlausitz . . . . .	22 128 380	12 994
Deutschland . . . . .	87 233 084	58 958

Die gewaltige Fördermenge wird also mit Hilfe einer nur verhältnismäßig geringen Arbeiterzahl gewonnen. Auf den niederrheinischen Braunkohlenarbeiter entfällt eine Fördermenge, die den Durchschnitt der anderen Revieren ganz enorm übersteigt. 1895 entfiel auf pro Beschäftigten im R ö l n - W r ä h l e r Bezirk erst eine Fördermenge von 640 To., 1905 waren es schon fast 1500 To. Natürlich spielt hierbei der maschinelle Betrieb die ausschlaggebende Rolle; aber bei einer so intensiven Gewinnung müssen auch die menschlichen Arbeitskräfte entsprechend stärker heran.

Herr Dr. J ü n g s t macht im „Glückauf“ (16. Januar 1915) eine andere Förderberechnung auf, die wohl auch sämtliche Fabrik- und sonstige Werkarbeiter umfaßt. Danach betrug im linksrheinischen Braunkohlenbergbau die Förderung pro

Jahr	Arbeiter überhaupt	Schicht Tonnen	Schicht Beschäftigte	Schicht Tonnen
1905	1483	5,10	10,34	
1913	1932	6,17	15,10	

Nach derselben Berechnung entfielen auf den Braunkohlenarbeiter im Oberbergamtsbezirk Galle 1913: 1119 To., pro Schicht 3,58, speziell auf den Sauer 8,15 To. Auch nach dieser Rechnung weist der rheinische Braunkohlenbergbau die weitestgehende Förderung pro Arbeiter auf. Insgesamt betrug laut „Reichsanzeiger“ im Bereich des Oberbergamtsbezirks Bonn (rechts- und linksrheinisch) im Braunkohlenbergbau die

Jahr	Förderung	Zahl der Arbeiter
1913	20 338 734 To.	11 423
1914	19 552 412 To.	11 388

Der stärkste Förderanstieg trat im 3. Vierteljahr 1914 (Kriegsbeginn) ein. Ein großer Teil der kräftigsten Belegschaftsmitglieder mußte zum Seere, schwächerer, wenig oder gar nicht geschulte traten an ihre Stellen. Trotzdem kamen auf pro Beschäftigten im 4. Vierteljahr 1914 rund 457 Tonnen Förderung, gegen rund 450 im gleichen Vierteljahr des Vorjahres. Es wurde also mehr pro Arbeiter gefördert, obgleich sich gleichzeitig die Zahl der geschuldeten Arbeiter (Lohnklasse I) im Verhältnis zu 41 auf 33,7 Prozent von der Gesamtbelegschaft verringerte. Im bisherigen Verlaufe des Jahres 1915 hat sich die Förderung derart günstig weiter entwickelt, daß von durchaus Sachkundigen versichert werden kann, es würden nun mit weniger Mann-

schaften (4. Vierteljahr 1913: 11 057, 2. Vierteljahr 1915 nur 8760 Beschäftigten) mindestens dasselbe wie vor Ausbruch des Krieges geleistet.

Wie sich dagegen die Lohnverhältnisse entwickelt haben, geht aus folgenden amtlichen Zahlen hervor. Es betragen die Durchschnittsverdienste pro Schicht:

Wochenlohn	Unterwöchentlich u. in Tagesbeschäft. Bergarbeiter	sonstige Arbeiter	erwachsene Arbeiter	Jugendliche Arbeiter	Durchschnitt für alle Arbeiter
3. Viertel 1913	4,88	4,44	4,01	2,01	4,30
4. " 1913	4,78	4,31	4,10	2,08	4,30
1. " 1914	4,68	4,32	4,04	2,05	4,25
2. " 1914	4,65	4,39	4,09	2,00	4,25
3. " 1914	4,67	4,46	4,03	1,98	4,17
4. " 1914	4,37	4,46	4,11	2,11	4,20
1. " 1915	4,89	4,50	4,20	2,11	4,32
2. " 1915	5,18	4,67	4,43	2,24	4,53

Obgleich die Förderung pro Arbeiter schon im 4. Vierteljahr 1914 wieder höher war als ein Jahr vorher, standen in dem Vierteljahr doch die Löhne insgesamt um 10 Pf., für die Sauer- und Schleppler sogar um 41 Pf. niedriger!!! Wir konnten seinerzeit berichten, daß nach Kriegsausbruch im rheinischen Braunkohlenbergbau die Löhne und Bedinge gekürzt seien. Das wurde werksseitig bestritten. Die Förder- und Lohnstatistik beweist, daß wir recht berichtet haben. Später ist auf einer Anzahl Werken eine sogenannte Teuerungszulage gegeben worden. In Wirklichkeit machte diese Zulage aber oft nicht einmal den vorherigen Lohnabzug wieder wett!

Sollte man es für möglich halten, daß in einem Revier, wo keinmal aus drei Geld gemacht wird, die Unternehmer dazu überzingen, den gewiß nicht „zu hohen“ Lohn gerade dann noch zu reduzieren, als die geringere Belegschaft noch größere Leistung zwecks Deckung des Brennstoffbedarfs vor sich brachte, und gerade dann, als die Lebensmittelteuerung mit Macht einsetzte! Dies geschah in einem Bezirk mit geradezu fabelhaft geringen Lohnkosten!

In seinem schon zitierten Aufsatz stellt Herr Dr. J ü n g s t folgende Lohnkosten pro Tonne zusammen:

Jahr	Braunkohlenbergbau im Oberbergamtsbezirk Galle	linksrheinischer Braunkohlenbergbau
1905	0,94 Mk.	0,66 Mk.
1910	1,05 "	0,81 "
1913	1,05 "	0,69 "

Die geradezu fabelhaft niedrigen Lohnkosten im rheinischen Braunkohlenbergbau sollen — so meinen wir — die Unternehmer überhaupt von Lohnkürzungen abgehalten haben, schon wenn sie daran dachten, daß die Arbeiter bei Wind und Wetter, bei Regen, Kälte und Sonnenbrand in den Tagebauen ihre schwere Arbeit verrichten und auch die Arbeiter in den Brückfabriken wegen der Verringerung der Belegschaft noch angesehener wie früher ihre keineswegs ungeschätzliche Beschäftigung ausüben müssen. Nun trat noch die enorme Nahrungsmittel-teuerung ein. Die Lebensmittelpreise (z. B. für Fett- und Fleischwaren) sind im Kohlenbezirk zum Teil sogar noch höhere als in dem benachbarten Köln. Einer Lebensmittelteuerung von 60 bis 100 Prozent seit Kriegsbeginn steht nur eine „Lohn-erhöhung“ von knapp 7 Prozent (2. Vierteljahr 1915 gegen 3. Vierteljahr 1914, Gesamtbelegschaft) gegenüber! Was kann heute ein Arbeiter, der noch dazu Familienernährer ist, mit einem Durchschnittslohn von 4,50—5,18 Mk. (I. bis III. Lohnklasse) anfangen? Und wenn ein kleiner Teil pro Schicht wirklich 6—7 Mark erhält, was will auch das bei den heutigen Teuerungsverhältnissen besagen? Was fangen die Familienernährer erst an, die sogar noch unter 4,50 Mk. pro Schicht erhalten? Viele Arbeiter haben nächste Angehörige und Freunde im Felde stehen, die arbeitslos auf Liebesgaben warten. Wie kann dieser Liebesdienst geleistet werden bei so niedrigen Löhnen und so enorm gestiegenen Nahrungspreisen?!

Geben die rheinischen Braunkohlenwerksunternehmer, unter denen sich eine Reihe sehr reicher Herren befindet, gar nicht an die ärmliche Lage der Arbeiter gedacht als die Löhne gekürzt wurden? Ist es nicht die soziale, nicht die vaterländische Pflicht der Unternehmer, den für sie schwer Schaffenden einen auskömmlichen Lohn zu zahlen?

Ist das wirtschaftlich möglich? Ganz gewiß! Das Werk Subertus hat in den letzten Jahren 8—9 Prozent, die Hodergrube 9—12 Prozent, die große Rheinische A.-G. für Braunkohlenbergbau und Brück-fabrikation (das bedeutendste Unternehmen des Bezirks) 9—11 Prozent, Clarenberg hat 18—20 Prozent, das Werk Vergewist 15—20 Prozent Dividende verteilt, nach starken Abschreibungen, sonstigen Gewinn-Rückstellungen und großen Werksverweiterungen aus laufenden Betriebsüberschüssen. Solche Überschüsse wie die linksrheinischen Braunkohlen- und Brückwerke — es sind in der Tat Goldgruben — erzielen, gehören zu den höchsten im deutschen Bergbau. Daher beobachten wir ja auch die wachsende Beteiligung von großen rheinisch-westfälischen (hauptsächlich kölnischen) Geldleuten an der hochprofitablen Ausbeutung der dortigen Braunkohlenlager. Wer aber schafft das Geld zutage?

Wir fordern die Unternehmer, Aktionäre und Pagen-besitzer, dringend auf, nun den rheinischen Braunkohlenarbeitern und ihren oft sehr kinderreichen Familien das wirtschaftliche Durchhalten besser als bisher zu erleichtern. Von den Arbeitern erwarten wir, daß sie sich endlich daran erinnern, welchen hohen Nutzen eine fröhliche Arbeiterorganisa-tion, die dem Syndikat der Werksbesitzer ebenbürtig ist, der Arbeiterschaft bringen wird. Organisiert euch!

### Die Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1914.

Seit der ersten Aufnahme der Gewerkschaftsstatistik sind nunmehr 26 Jahre verfloßen. Die jüngste Statistik weicht insofern von denen der früheren Jahre ab, als sie neben den Uebersichten über das erste und zweite Halbjahr 1914 auch getrennte Uebersichten über das erste und zweite Halbjahr 1914 enthält. Diese Teilung läßt den Einfluß des Krieges auf die Gewerkschaften deutlicher erkennen, als die Uebersicht über das gesamte Jahr. Diese Erkenntnis ist von hoher Bedeutung für die Beurteilung des gewerkschaftlichen Wirkens während des Krieges und wird deshalb diese Teilung der Jahresstatistik auch einen bleibenden Wert für die Zukunft haben. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß in diesem Aufbau der Statistik eine hervorragende statistische Leistung der Zentralverbände liegt, die um so höher bewertet werden muß, als den Organisationen durch Einberufung von Funktionären zum Kriegsdienst eine große Anzahl von Arbeitskräften entzogen wurde. Genau ließ sich allerdings der Trennungsschritt in der Statistik zwischen der Zeit vor und nach dem Kriegs-anbruch nicht ziehen, da der Krieg erst einige Wochen nach dem Ablauf des ersten Halbjahrs ausbrach. Doch beeinträchtigt dieses Moment den Wert der Halbjahrsübersichten ganz un-erheblich.

Auch während der Kriegszeit hat sich die Vertretung der Arbeiterklasse durch die Gewerkschaften als notwendig erwiesen. In der Gewerkschaftsstatistik vom Jahre 1914 wird im begleitenden Text ein gedrängter Umriss von den Aufgaben, die wäh-rend des Krieges von den Gewerkschaften zu erledigen waren und noch zu lösen sind, gegeben. Darunter sind zu nennen: die Arbeitslosenfürsorge, die Fürsorge für die Kriegsgeschädigten, der den Familien der Kriegsteilnehmer gewährte Rechtsschutz, die Aufrechterhaltung der Tarifverträge und schließlich der fort-gesehene Kampf gegen die Nahrungsmittelteuerung.

Die Ergebnisse der Statistik des Kriegsjahres 1914 liefern einen glänzenden Beweis für die ungebrochene Lebenskraft der Gewerkschaften. Nach diesem Ergebnis wird niemand mehr daran zweifeln, daß die Gewerkschaften nicht nur den Krieg über völlig durchhalten, sondern auch nach Beendigung des Krieges die Probe auf ihre Leistungsfähigkeit, bei dem zu erwartenden Ansturm auf ihre Rassen bestehen werden. Wohl sind einzelne Verbände hart mitgenommen worden, im allgemeinen ist jedoch der Stand der Gewerkschaften ein günstiger.

Durch die Einberufung zum Kriegsdienst sind allerdings die Gewerkschaften stark geschwächt worden. Die der General-kommission angeschlossenen 46 Zentralverbände (außer den Ver-bänden der Hausangestellten und Landarbeiter) zählten am Schlusse des Jahres 1914: 1 485 428 Mitglieder gegen 2 498 959 im Vorjahre. Bis zum Jahreschlusse waren 746 551 Mitglieder, darunter 562 belobete Angestellte zum Kriegsdienst eingezogen. Es verbleibt demnach ein weiterer Verlust von rund 200 000 Mitgliedern. Dieser Verlust ist aus verschiedenen Ursachen er-klärlich. Ein Teil wird noch auf Konto der Einberufungen zu setzen sein, die den Vorständen nicht gemeldet wurden. Durch den Einfall der Feinde in deutsche Gebietsteile, besonders der Russen im Osten, wurden eine Anzahl Zweigvereine völlig zer-stört, und an vielen kleineren Orten im Innern Deutschlands ist das Organisationsleben durch die Einberufung aller tätigen Mitglieder völlig unterbrochen worden. Auch die im Anfang des Krieges erfolgte plötzliche Stöckung des Wirtschaftslebens hat wohl einen starken Mitgliederverlust zur Folge gehabt. Die Zahl der Zweigvereine der Verbände ging gegen das Vorjahr von 11 707 auf 10 980 zurück. Von den größeren Verbänden hatten einen Abgang an Mitgliedern einschließlich der Einge-zogenen: Metallarbeiter 222 000, Bauarbeiter 157 800, Trans-portarbeiter 106 400, Holzarbeiter 78 000, Fabrikarbeiter 77 900, Bergarbeiter 43 100, Textilarbeiter 36 100, Zimmerer 28 400, Maler 22 200, Buchdrucker 20 700, und Brauerei- und Mühlen-arbeiter 20 000. Im Jahresdurchschnitt tritt der Rückgang an Mitgliedern nicht so stark hervor. Es hatten die Zentralver-bände 1913: 2 548 763 und 1914: 2 052 377 Mitglieder, dar-unter 203 648 weibliche. Die Gesamtzahl ging um 496 386 und die der weiblichen Mitglieder allein um 20 028 zurück. Durch die Einberufung einer großen Zahl männlicher Mitglieder hat sich naturgemäß der Anteil der weiblichen an der Gesamtzahl stark gehoben, obwohl sich auch die Zahl der weiblichen Mit-glieder erheblich verminderte. Ihr Anteil stieg von 8,8 auf 9,9 Prozent. In den 46 Zentralverbänden kommen dann noch die gleichfalls der Generalkommission angeschlossenen Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter, die 1914 im Jahresdurchschnitt 5642 bzw. 17 740 Mitglieder hatten.

Auch die gegnerischen Organisationen, zu denen die Christ-lichen Gewerkschaften und die christlichen Gewerkschaften zählen, unterlagen in der gleichen Weise wie die Zentralverbände den Wirkungen des Krieges. Die Gewerkschaften gingen von 1 066 618 auf 77 749 und die christlichen Gewerkschaften von 342 785 Mitgliedern auf 282 744 zurück. Prozentual betrug der Rückgang gegen das Vorjahr bei den Zentralverbänden 19,5, bei den Gewerkschaften 27,0 und bei den christlichen Gewerkschaften 17,5 Prozent. Diese drei Gewerkschaftsgruppen zählten 1914 zusammen 2 412 870 Mitglieder. Für die „Unabhängigen Ver-eine“ liegen für 1914 noch keine Angaben vor.

In hervorragendem Maße machen sich natürlich die Wir-kungen des Krieges auf die Einnahmen und Ausgaben der Ge-werkschaften geltend. Hierbei ist die Teilung der Statistik bei den Zentralverbänden in den beiden Halbjahren von hohem Werte. Bei den gegnerischen Organisationen fehlt leider diese Teilung. Die Zentralverbände vereinnahmten 1914 ins-gesamt 70 871 915 Mk., 11 133 626 Mk. weniger als im Vor-jahre. Im ersten Halbjahr betrug die Einnahme an Beiträgen 37 717 301 Mk., pro Mitglied 15,18 Mk., im zweiten Halbjahr dagegen nur 27 519 395 Mk., pro Mitglied jedoch 15,73 Mk. Absolut war die Einnahme im zweiten Halbjahr um 10 Mill. Mark geringer. Noch deutlicher kommt die Kriegszeit in den Ausgaben zum Ausdruck. Die Ausgaben aller Verbände für das ganze Jahr 1914 beläuft sich auf 79 547 272 Mk., pro Mitglied 38,76 Mk., 1913 wurden dagegen nur 74 904 962 Mk., also 4,6 Millionen Mark weniger herangezogen, und dies auf-



Mitglied entfallende Rate betrug nur 29,39 Mk. In vollem Umfang löst sich der Einfluß des Krieges auf die Ausgaben der Zentralverbände erst erkennen beim Vergleich der Ausgaben im einzelnen. Die Gegenüberstellung einiger wichtiger Posten gibt darüber einen guten Aufschluß. Es wurde vorausgabt:

Table with 3 columns: Item, 1. Halbjahr, 2. Halbjahr, 1914 zusammen. Rows include: für Arbeitsstoffe, Strafe, Unterstellungen, in Postfällen, Kreis, Aussp., Verbandsorgan, Abhaltung.

Einigen Verbänden war es leider nicht möglich, auch die aus Lokalkassen gemachten Ausgaben nach Halbjahren anzugeben; dadurch weisen die Ausgaben für das gesamte Jahr höhere Summen aus als für die beiden Halbjahre zusammen angegeben sind. Da von fast allen Verbänden nach Kriegsausbruch die Krankenunterstützung aufgehoben oder doch stark eingeschränkt wurde, auch die Führung von Streiks unterblieb, so ist bei diesen Posten die Ausgabe im zweiten Halbjahre erheblich geringer als im ersten. Nur für den Monat Juli kamen diese Ausgaben noch im vollen Umfang in Betracht. Die Ausgabe für Arbeitslosumterstützung war im zweiten Halbjahre um 8,2 Millionen Mark höher als im ersten. Auch die Unterstützung in Postfällen weist im zweiten Halbjahre eine erhebliche Steigerung auf. An Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer wurden bis Jahresabschluss 6 475 600 Mk. vorausgabt. Die gesamte Ausgabe für Unterstützung betrug 1914: 64,1, gegen 1913 nur 47,7 Millionen Mark.

Der Vermögensbestand aller Verbände ging von 88 000 205 Mark im Jahre 1913 auf 81 416 535 Mk. zurück. Dieser Vermögensrückgang ist verhältnismäßig gering, so daß trotz der großen Anforderungen, die die Kriegszeit an die Zentralverbände stellte, die Finanzlage derselben als günstig bezeichnet werden kann. Sie ist zum guten Teil darauf zurückzuführen, daß im 3. Vierteljahr 1914 das Wirtschaftleben wieder ins Gleichgewicht kam und damit die Gewerkschaften enorm entlastet wurden. Die günstige Finanzlage hat denn auch die meisten Verbände veranlaßt, die statutarischen Unterstüzungs-einrichtungen wieder völlig in Kraft treten zu lassen.

Mit ihren finanziellen Leistungen reichen die gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen bei weitem nicht an die Zentralverbände heran. Das gilt nicht nur für die absoluten Ausgaben, die ja naturgemäß erheblich geringer als bei den Zentralverbänden sein müssen, sondern auch für die im Durchschnitt auf jedes Mitglied entfallende Ausgabe. Aufser der Streik- und Maßregelungsunterstützung vorausgabt 1914 die Zentralverbände 48 101 811 Mk. gleich 23 44 Mk. pro Mitglied, die Hilfs-Dunderfischen Gewerkschaften 610 106 Mk. gleich 7 85 Mk. pro Mitglied und die christlichen Gewerkschaften 2 402 670 Mk. gleich 3,50 Mk. pro Mitglied. Die Gesamtausgabe betrug bei den Gewerkschaften 2 672 499 Mk. und bei den christlichen Gewerkschaften 5 871 801 Mk. Der Vermögensbestand belief sich auf 1 418 537 bzw. auf 9 727 358 Mk.

Die Durchhaltung der Gewerkschaften während der Dauer des Krieges ist gewährleistet. Die aus dem Felde zurückkehrenden Mitglieder werden in ihnen den früheren Schutz und Rückhalt finden in den Wechselfällen des Lebens und bei den früher wiederkehrenden wirtschaftlichen Kämpfen.

**Volkswirtschaftliche Rundschau.**

**Landwirtschaftliche Selbstkosten.**

Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Wendorf (Dtz) selbst Besitzer eines größeren pommerischen Gutes — untersucht im „Weltlicher Tageblatt“ die Möglichkeit der Behauptung, daß die Landwirtschaft so riesig gesteigerte Produktionskosten habe, daß sie trotz der hohen Preise ihrer Produkte immer noch gewaltige Opfer bringen müßten. Wendorf sagt:

**Das Zeitalter der Volksgenossenschaft.**

Der Professor der Nationalökonomie an der Universität Münster f. W., Dr. J. Plenge, hat seinen Studenten eine Kriegsvorlesung über die Volkswirtschaft gehalten, an deren Schluß er nach der „Mün. Zeitung“ (Nr. 1148 vom 11. November 1913) sagte:

Wir erleben volkswirtschaftlich ein Schauspiel von einer so überwältigenden Größe, daß es sich schlechterdings mit nichts vergleichen läßt, was geschähen ist. Die Volkswirtschaft steht nach einem plötzlichen starken Stoß, der sie mit jeder Ueberimpfung aus ihrem Friedenszustand herausriß, unter der unmittelbaren Wirkung des ungeheueren Krieges, mit seiner Zerstörung von Menschen und Gütern, mit seinem riesigen Verbrauch, mit seiner Lähmung und mit seiner künstlich belebenden Wirkung. Der Zusammenhang der Volkswirtschaft ist zerfallen. Die nationale Volkswirtschaft stellt sich mit einem selbständig gewordenen Kreislauf von Geld und Kredit nach aller Möglichkeit in rascher Anpassung auf das innere Gleichgewicht ihrer Produktivkräfte und ihres Verbrauches ein, wobei von dieser Umstellung und dieser veränderten Tätigkeit schlechterdings alle Teile des großen Wirtschaftens, alle Stellen des Wirtschaftskörpers in Mitleidenschaft gezogen werden. Ohne Störung geht es bei dem starken Kriegsverbrauch und dem großen Ausfall an gewohnter Zufuhr nicht ab. Die einzelnen arbeiten kurzfristig und unisier gegeneinander. Es kämpft die ordnende Gewalt des Staates mit immer neuer Mühe einen aufsteigenden Kampf, um das sonst im wesentlichen sich selbst frei überlassene Wirtschaftsleben zu einem neu geregelten Verlauf zu zwingen, wo die größten Schäden auftreten, bei der Rohstoffversorgung des Heeres und auf dem Lebensmittelmarkt. Und überall tritt mit ihrer ganzen Schwermert die Preisfrage auf, denn die freie Preisbildung regelt den friedlichen Verkehr und hält ihn zusammen, und wo der friedliche Verkehr in Unordnung kommt, kommt notwendig auch der Preis in Unordnung.

Das ist in aller Kürze das Bild des bei uns und überall in diesem Weltkriege aus dem Frieden gerateneu Wirtschaftslebens. Es ist die Volkswirtschaft gegenwärtig ganz etwas anderes, als sie vor dem Kriege war, und das ist selbstverständlich. Aber wenn der Krieg darüber sein wird, wird eine andere weltgeschichtliche Periode der Volkswirtschaft ihren Anfang nehmen als die, in der wir vor dem Kriege standen. Vor dem Kriege war die Volkswirtschaft Kapitalismus, nach dem Kriege wird sie — erschrecken Sie nicht — Sozialismus sein. Es kommt nur darauf an, was unter diesem Worte zu verstehen ist. Wird der neue Name unseres Wirtschaftslebens richtig verstanden, so kann er ein großes Zeichen der Vereinigung werden, unter dem sich viele Gegensätze finden, die vor dem Kriege unser Volk zerrissen. Der Kapitalismus ist das Wirtschaftssystem des 19. Jahrhunderts; 19. Jahrhundert und Zeitalter des Kapitalismus fällt im wesentlichen zusammen. Dieses Wirtschaftssystem bedeutet einerseits streng durchgeführte Wirtschaft mit Geld auf dem Grunde von Recht und zum Vorteil des Geldbesitzes (Geld hat alle Produktivkräfte zusammen und setzt sie in Tätigkeit), und andererseits höchste Entfaltung aller modernen technischen Hilfsmittel unter dem Einfluß dieses Strebens nach möglichstem Geldgewinn. Es ist ein Wirtschaftssystem von allerhöchster Lebendigkeit und Regsamkeit. Sein Wirtschaftssystem hat je solche Arbeitsmassen in Bewegung gesetzt, solche Gütermengen geschaffen und in so raschem Aufbau immer wieder an seiner eigenen Vergrößerung und Ausdehnung gearbeitet. Aber es ist auch ein Wirtschaftssystem der rücksichtslosen Interessengegensätze, und damit hängt die Gefahr einer Schwächung der Schwachen durch die Stärken mit seiner innersten Natur zusammen. Vorzüge und Fehler liegen wie bei allen menschlichen Einrichtungen, nahe zusammen. Das Wirtschaftssystem des 19. Jahrhunderts hatte auch die ganzen Mängel seiner Kraft. Wiewohl es in diesem Wirtschaftssystem so vollkommen selbstverständlich, daß es so angenommen wird, als wenn es immer so sein müßte,

„Daß die Erzeugungskosten gestiegen sind, bedarf kaum eines Beweises; die Futtermittel kosten das Dreifache und darüber, was sie im Friedenszeiten gekostet haben, und die künstlichen Düngemittel sind gleichfalls in Preise gestiegen; die zeitweiligen Phantasiapreise für Weizen haben große Anwendungen erfordert, wo eine Ergänzung des durch den Heeresbedarf verminderten Verkaufes durch Zufuhr notwendig wurde, und zwar waren die Einkaufspreise durchweg höher als die Verkaufspreise. Trotz der hohen Preise waren Futtermittel und Düngemittel aber nicht in ausreichender Menge vorhanden, darüber ist weniger geredet, ist der Naturalertrag der Viehhaltung zurückgegangen und die Generaluntkosten haben sich auf ein kleineres Ergebnis verteilen müssen, sie sind also verhältnismäßig gleichfalls gestiegen.“

Das ist die Verlustseite der Buchführung. Aber wie steht es auf der Gewinnseite? Es ist sehr lehrreich, was der fortschrittliche Qualitätsbesitzer über seine eigenen Erfahrungen mitteilt: „Auf der andern Seite sind aber wesentliche Produktionskosten gar nicht oder nur unerheblich gesteigert worden. Vor allem hat die Verflechtung der Landwirtschaft mit Syntheselagerungen während des Krieges ebenfalls eine Erhöhung erfahren, wie eine Steigerung der Kosten eingetreten ist. Auch eine bemerkenswerte Zunahme der Lohnausgaben kann nicht anerkannt werden; die Güter und Wirtschaften, welche russische Kriegsgewinnungsbeschäftigten, werden im Gegenteil auf diesen Kosten sogar erheblich gespart haben. In meiner Wirtschaft sind ohne Verwendung von Kriegsgewinnungen die Lohnausgaben um etwa 3 Prozent niedriger gewesen als im Durchschnitt der Vorjahre, wobei die Naturalerträge selbstverständlich entsprechendmäßig mit in Anschlag gebracht wurden. Die gesamten Wirtschaftsausgaben des fast ganz in den Krieg fallenden Jahres 1. August 1914 bis 1915 haben sich zum Durchschnitt der drei Vorjahre wie 100:104 verhalten, sind also etwas niedriger gewesen.“

Sollten aber diese Verhältnisse auch unanfechtbar stehen, so hat die außerordentliche Steigerung der Produktionspreise doch mehr als einen Ausgleich für erhöhte Herstellungskosten gebracht. Das trifft schon für das mit dem 30. Juni 1915 abgelassene Wirtschaftsjahr zu, wo die Getreidepreise doch nur erst teilweise zur Geltung gekommen sind, die Vieh- und Futtermittel aber nicht annähernd die Höhe erreicht hatten wie im Herbst dieses Jahres. Nach Aufweis meiner Bücher sind die Wirtschaftsergebnisse im 1914/15 um 18 Prozent höher gewesen als im Durchschnitt der drei Vorjahre und es hat sich im ganzen eine entsprechende Steigerung auch des wirtschaftlichen Reingewinns ergeben.“

Seitdem hat aber eine mehrere Zunahme der Einnahmen durch weitere Preissteigerungen stattgefunden. Es betragen die Großhandelspreise:

Table with 2 columns: Item, in Berlin pro Zentner 1/4t, und betragen im Durchschnitt der zehn Jahre 1904-13. Rows include: für Roggen, Weizen, Hafer, Gerste, Kartoffeln, Weizen.

Kein Landwirt wird aber behaupten wollen, geschweige denn beweisen können, daß die Erzeugungskosten in einem ähnlichen Verhältnis gestiegen seien, wie die Verkaufspreise. Es beträgt der schon herabgesetzte Weizenhöchstpreis tatsächlich das Doppelte, der Kartoffelpreis, bei dem die Landwirtschaft angeblich schwere neue Opfer auf sich nehmen muß, ein Drittel mehr als der Durchschnittspreis des letzten Friedensjahres. Selbst gegen die Preise des bekannten Antrags Anstalt sind die gegenwärtigen Weizenpreise sehr hoch; die Tonne Weizen ist 45 Mk., Roggen 55 Mk., Gerste und Hafer sogar 145 Mk. teurer als seinerzeit die extremsten Markier selber forderten.“

Damit meint Wendorf, dürfte die Behauptung von den gestiegenen Produktionskosten und der dadurch berechtigten und bedingten weiteren Preissteigerung auf ihr zutreffendes Maß zurückgeführt sein.

**Soziales Recht — Arbeiterversicherung.**

**Wie wird eine Kriegsbeschädigung abgelöst?**

Die Kriegsdienstbeschädigten erhalten für Dienstbeschädigungen eine Rente. Als Dienstbeschädigungen gelten Gesundheitsstörungen, die infolge einer Dienstverrichtung oder durch die dem Militärdienst eigentümlichen Verhältnisse verursacht oder verschlimmert sind. Voraussetzung des Anspruchs auf Versorgung ist eine mehrbare Verminderung der Erwerbsfähigkeit. Dabei ist es belanglos, ob der Schaden in einer äußeren Verletzung oder einer inneren Enttarnung (wie Alkoholismus) usw. besteht. Bei der Beurteilung des Grades der Erwerbsfähigkeit ist der von dem Verletzten vor seiner Einstellung in

den Militärdienst ausgeübte Beruf zu berücksichtigen. Hat der Verletzte keinen besonderen Beruf ausgeübt, so erfolgt die Beurteilung nach der allgemeinen Erwerbsfähigkeit. Unter diesem Begriff ist „die zur gewöhnlichen auf Erwerb gerichteten Arbeit erforderliche körperliche und geistige Befähigung“ zu verstehen. Der dem Einzelnen durch die Beschädigung in der Ausübung seiner Arbeitskraft und Arbeitsbefähigung erwachsende wirtschaftliche Schaden ist bei der Beurteilung der Erwerbsfähigkeit ebenso zu berücksichtigen, wie die eigentliche Einbuße an der hohen Arbeitskraft. Augenfällige Entstellungen, Beschränkungen in der Wahl der Arbeitsgelegenheit, dadurch bedingte Herabsetzung der Fähigkeit zum wirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen Arbeitern usw. sind in Betracht zu ziehen.

Als geschädigt gelten alle Personen, die in ihrer Erwerbsfähigkeit um mehr als 10 Prozent beschränkt sind. Teilweise Erwerbsunfähigkeit liegt bei einer Beschränkung um 10 bis 30 Prozent vor. Vollige Erwerbsunfähigkeit liegt vor bei Personen, die auch nach Währungsberichtigung die Befähigung körperlich um mehr als 50 Prozent beeinträchtigt sind oder die bei Wiederaufnahme der Erwerbsfähigkeit eine Verschlimmerung des Leidens zu erwarten haben. Die Feststellung des Grades und Grades der teilweisen Arbeitsfähigkeit wird von den Ärzten vorgenommen. Wie aus dem Besagten schon hervorgeht, gibt es für die einzelnen Leiden und Verletzungen keine feststehenden Entschädigungssätze. Im Laufe der Zeit haben sich aber doch durch die Nachprüfung usw. Anhaltspunkte herausgebildet. Hier sind einige Beispiele; die Ziffern bedeuten in Prozenten den Schaden, den man als durch die Verletzung begründet, annehmen hat: Verlust des rechten Daumens 20-35, Steifheit des Daumens 15-20, Verlust des linken Daumens 20-30, Steifheit 15-20, Verlust des rechten Ringfingers 10-20, Verküppelung oder Steifheit desselben ebenfalls, Verlust des Ringfingers des linken Ringfingers 10-20, Verlust der Hälfte des rechten Mittelfingers 10, Verlust des ganzen Mittelfingers 10-15, Verlust des linken Mittelfingers 10, Verlust des Daumens, Zeige- oder Mittelfingers der rechten Hand 50, Steifheit des rechten Daumens und Ringfingers 25, Verlust der beiden ersten Glieder des Ringfingers sowie des ganzen Mittelfingers 33%, völlige Verküppelung der rechten Hand und des Handgelenks 50-60%, Verküppelung der linken Hand 50, Verlust des rechten Daumens und der Hälfte des linken Daumens 40, gänzlicher Verlust der rechten Hand 65-75, gänzlicher Verlust der linken Hand 60-65, Verlust des rechten Armes 70-80, Gebrauchsunfähigkeit und Steifheit des Armes 70, Verlust des linken Armes 60-75, völlige Steifheit dieses Armes 60-80, Verlust des rechten Armes 80, Verküppelung eines Armgelenks 80%, Verlust eines Armes 80%, Verlust eines Auges mit Herabsetzung der Sehstärke des anderen 50, Trübung der Linsen beider Augen 25, völlige Erblindung 100, doppelter Leistenbruch 10-15, Verlust des Schädels auf einem Ohr ganz, auf dem andern zum Teil 40, Lungenabszess mit Neigung zu Blutungen 33%, Herzvergrößerung 60-70, Verküppelung der Wirbelsäule 33%, schwere Kurvenneigung durch Rückenverletzung 50, Verlust des rechten Kniegelenks und des linken Vorderarms 70, Bruch der Wirbelsäule 90, hochgradige nervöse Schwäche 60% Prozent.

Die so Geschädigten erhalten nun einen Teil der Rente, die für einen Gemeinen 300 Mk., Unteroffizier 600 Mk., Sergeanten 720 Mk., Feldwebel 900 Mk. beträgt. Ist die Dienstbeschädigung durch den Krieg herbeigeführt, so tritt noch eine Kriegszulage von 15 Mk. pro Monat hinzu. Für große und schwere Verletzungen erkennt das Gesetz nach der Zustimmung der Zulagen; sie betragen bei dem Verlust einer Hand, eines Fußes, der Sprache, des Schädels auf beiden Ohren monatlich je 27 Mk., bei Verlust oder Erblindung beider Augen 54 Mk. Bei geringeren Verletzungen, wie dem Verlust eines Auges, der Erblindung der Fernsicht und Gebrauchsunfähigkeit einer Hand, eines Armes, eines Fußes eines Armes usw. kann eine Zulage gewährt werden. Ist die Beschädigung so schlimm, daß die Erwerbsfähigkeit um mehr als 60% Prozent beeinträchtigt ist, so tritt zu den Renten vom Staate noch die Invalidenrente aus der Invalidenversicherung. Nehmen wir an, ein gewöhnlicher Kriegsteilnehmer hätte das rechte Bein völlig verloren und er hätte die hierfür höchste Rente von 50 Prozent zugubilligt erhalten. Er erhält nun:

Table with 2 columns: Item, Grundrente pro Jahr 424 Mk., pro Monat, Kriegszulage, Verfallmehlungszulage, Invalidenrente aus der Invalidenversicherung.

Zusammen pro Monat 93,40 Mk.

Die Grundrente kann und wird gekürzt werden, wenn nach einiger Zeit Besserung oder Genesung festgestellt wird. Der Arbeitsber-

und es immer so gewesen wäre. Aber die Menschheit hat dieses Wirtschaftssystem des 19. Jahrhunderts erst im Verlaufe einer langen Geschichte entwirrt. Ebensoviele die durchgeführte Geldwirtschaft, wie die moderne Technik mußte erst geleert und im langsame Fortschritt entwirrt werden, bis es im 19. Jahrhundert so weit war. Im 19. Jahrhundert folgten dann in der fortschreitenden Entwicklung dieses Wirtschaftssystems noch etwa drei Perioden aufeinander: Kleinkapitalismus, Mittelkapitalismus, Hochkapitalismus. Der Kleinkapitalismus, etwa bis 1830 oder Ende der 40er Jahre, erst mit den Anfängen der modernen Verkehrsmittel, ohne eigentlichen Großbetrieb in der Industrie. Der Mittelkapitalismus mit voll entwickeltem Eisenbahnsystem und Dampferlinien und einem dadurch lebhaft in Bewegung gebrachten Weltmarkt, mit überall stark vermehrter Maschinenteknik, mit überall zu ganz neuen Höhen aufsteigender Fabriktrieben und einem scharfen, manchmal vernichtenden Wettkampf all dieser Betriebe untereinander. Endlich der Hochkapitalismus, der etwa 1850/60 beginnt, die Zeit der Konzentration und Organisation, die Zeit der Riesenbetriebe in allen wichtigen Industrien und im Bankwesen, die Zeit der Vereinigung der Industrie zu Kartellen und gemeinsamem Vertrieb ihrer Produkte und sogar der Veruche der Trustbildung, wo aus einer ganzen, großen Industrie ein einheitlich geleitetes Unternehmen gemacht werden soll.

Dieses Zeitalter nun hat mit dem Kriege sein Ende genommen. Ich habe schon im vorigen Winter gelaubt, dieselbe Vorlesung, die wir heute neu beginnen, mit der Feststellung beschließen zu können, daß das Jahr 1914 ein großes Wendepunkt in der Wirtschaftsgeschichte ist, und daß vorher und nachher verschiedene Epochen liegen werden. Ich habe Ihnen vorhin gesagt, daß das Zeitalter nach dem Kriege als das erste sozialistische Zeitalter bezeichnet werden muß, das Fremdwort ist zunächst verständlicher, als wenn wir gleich sagen wollten, daß es das erste wirtschaftliche Zeitalter der Volksgenossenschaft sein wird. Was heißt das?

Die Organe unseres Wirtschaftslebens bleiben gewiß alle äußerlich zunächst dieselben, die sie waren: dieselben großen Banken, dieselben Industrieunternehmen, dieselben Arbeiterorganisationen, und wenn wir Flug sind, behalten sie alle einen möglichst großen Teil ihres alten Spielraums zur freien Selbstbetätigung. Nichts wäre verkehrter, als wenn wir die Anstalten der Kriegswirtschaft unterbrechen in unser künftiges Wirtschaftssystem hinübernehmen wollten. Was davon gut ist, mag auch bleiben. Aber nur, was gut ist und was seine Zweckmäßigkeit auch im künftigen Friedenszustand behält. Das Neue ist nur, daß alle großen Organe unseres Wirtschaftslebens, die sich im Hochkapitalismus gebildet haben, ein anderes Verhältnis zum Staat, zum Willen der Allgemeinheit bekommen haben, und daß so eine festere Gesamtverbindung aller Organisationen unseres Wirtschaftslebens mit allen Organen der staatlichen Willensbildung in bestimmter Zusammenarbeit entstanden ist. Das ist das kommende Bild von außen. Und von innen wird eine neue bewußte, Vereinstschaft vorhanden sein, nicht nur aus reinem Selbstinteresse zu handeln, sondern als ein durch die eigene Erkenntnis eingetretenes Glied in der Lebenseinheit des ganzen Gesellschaftskörpers mitzuwirken. Aber gerade dieses Augen und dieses Innere unserer deutschen Zukunft ist das äußere und innere Wesen des Sozialismus, genau, wie es sein Begriff angibt. Von außen ist der Sozialismus höchstbedeutend einheitliche Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte eines geschlossenen gesellschaftlichen Lebens, wobei diese Zusammenfassung keineswegs eine harte Verkettung zu sein braucht, sondern den einzelnen Gliedern der Volkswirtschaft um ihrer höheren Leistungsfähigkeit und Beweglichkeit willen ein möglichst großes Maß selbstständiger Interessen und selbständiger Verfügungsfreiheit lassen muß. Und von innen ist Sozialismus bewußte Eingliederung des einzelnen mit seinem ganzen Lebenswesen in den höheren Lebenszusammenhang, von dem er nur ein Teil ist.

Also die Merkmale sind unweigerlich da. Das Wirtschaftsleben nach dem Kriege wird Sozialismus sein. Nach seiner äußeren Beschaffenheit nationaler Sozialismus, denn die Nation setzt ihre wirtschaftlichen Kräfte so zusammen. Nach seinem inneren Wesen sozialer Patriotismus. Dieses Schmachwort der radikalen Sozialdemokraten gegen ihre Parteigenossen, die ihre vaterländische Pflicht erfüllt haben, wird gewiß zu Ehren kommen. Es wird die Volkswirtschaft der Zukunft ganz anders einheitlich mit ihrem Staat verbunden sein, wie die Volkswirtschaft der Vergangenheit, und darum der Aufbau des Staates ganz anders als Einheit verstanden werden müssen als bisher. Aber es wird auch ein anderer Staat sein, der sich mit der kommenden Volkswirtschaft so viel enger verbindet, als der Staat der Vergangenheit. Denn der Staat erlebt in allen Organen seiner Willensbildung und in dem Volksgewisse, der sich durch sie zum Ausdruck bringt, dieselbe große Veränderung. Wie auch die Volkswirtschaft erlebt.

Es ist auch dabei wieder für uns alle ganz selbstverständlich, daß auch der Staat mit allen seinen Organen in dieser Gegenwart des Krieges ganz anders tätig ist als im Frieden: Regierung und Volk wirken in anderer Weise zusammen, andere Vertreter haben das Gewicht in der Verwaltung, die Beziehungen und Beziehungen aller Parteien sind anders ineinander geflochten. Und ebenso selbstverständlich ist für uns alle, daß alle Kräfte des Volksgewisses angepannt sind, und daß das starke Erlebnis all der Millionen einzelner ein unmissbares Erlebnis des deutschen Volkes wird, daß für immer in seiner Seele nachwirkt. Dasselbe gilt übrigens wie beim Wirtschaftsleben von allen kriegführenden Ländern. Überall arbeitet der Staatskörper anders als sonst, und überall steht der Geist der Nation vor der Aufgabe, ein neues übermächtiges geschichtliches Erlebnis in sich zu verarbeiten. Und diese Erfahrung der andern ist bisher bitterer gewesen als unsere eigene Erfahrung.

Aber nach einer solchen weltgeschichtlichen Lebenskrise kommt weder der Staat noch der Geist der Nation einfach zu dem Zustande zurück, der vor dem Kriege war, wenn die Bedrängnis vorüber ist. Dazu ging die Erfahrung zu tief, dazu war der Druck zu schwer. Deutlicher sein wird nach dem Kriege etwas anderes bedeuten als vor dem Kriege. Wir haben vieles für immer verlernt und uns hoffentlich vieles für immer gemerkt. Wir wollen auch in unserem Staat keine Mühsüßer zu der politischen Verantwortung vor dem Kriege, und wir wollen darum auch nach dem Kriege ein anderes Zusammenarbeiten unserer öffentlichen Organe, als wir vor dem Kriege hatten. Dieser Weltkrieg wird aller kommenden Geschichte unversehrlich sein und als eine Fiasse der Völker weiter leben. Die Geschichtsschreiber werden weiterhelfen, alle Fäden der diplomatischen Bemühungen zu entwirren und den Gang des ungeheuren Krieges mit seinen unergreiflichen Massentaten überschichtlich darzustellen. Aber in einer Geschichte, die die große Veränderung von Staat und Wirtschaft in ihrer Tiefe erfährt, wird diese Zeit dargestellt werden müssen als „die Zeit der großen Umformung des europäischen Willens“ in allen Organen seiner Staaten und in dem inneren Grunde seiner Völker. Das ist also die Zeit, das ist der Staat, das ist die Volkswirtschaft, deren Verständnis Sie jetzt erwerben sollen. Ich werde darum kaum noch hinzuzufügen brauchen, daß sich nicht nur die Wirklichkeit verändert hat, die wir durch unser Studium erfahren wollen, sondern auch unweigerlich das ganze Programm der politischen Aufgaben, die in dieser Wirklichkeit durchgeführt werden sollen.

Alle wirtschaftspolitischen Fragen der Vergangenheit sind Nebenfragen in dem Programm des politischen Handelns nach dem Kriege geworden. Das gilt nicht nur für ihre theoretische Behandlung an den Hochschulen, sondern auch für ihre praktische Behandlung in der Tagesordnung der Regierung und der Parteien. Denken Sie an all die neuen Fragen, die schon der Krieg als solcher für unsere nächste Zukunft heraufbeschieden hat. Die Grundfrage muß neu gestellt werden wie unsere nationalen Produktivkräfte im Dienste unserer Zukunft



bleibt allein soll hier ohne Einfluss sein. Die anderen Zulagen bleiben. Es könnte nur noch die Zinsabzinsung weggelassen, wenn angenommen wird, daß die Gewerkschaftsbeschränkung weniger wie 00% Prozent beträgt und Zinsabzinsung nicht mehr vorliegt. Es steht zu erwarten, daß die einschlägigen Gesetze nach dem Kriege geändert werden.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Dividendenverteilung in der Bergwerksindustrie. In der Handelszeitung des 'Berliner Tageblatts' (Nr. 605) werden folgende Dividendennachweise veröffentlicht. Die erste Zahlenreihe betrifft das Geschäftsjahr 1913 oder 1913/14, die zweite Zahlenreihe gibt die Dividenden pro 1914 oder 1914/15 an. Mit den römischen Ziffern (I, IV, VII) wird der jeweilige Beginn des Geschäftsjahres (ab 1. Januar [I.] oder ab 1. Juli [VII.] beginnend) angegeben.

Table with 3 columns: Company Name, Dividend 1913/14, Dividend 1914/15. Includes companies like Anhalter Kohlenwerke, Bismarckbergbau, etc.

Hierzu ist zu bemerken, daß eine ganze Anzahl Werke 1914/15 keine oder eine geringere Dividende verteilt haben, obgleich die erzielten Ueberschüsse recht gut eine Dividendenzahlung resp. dieselbe Gewinnverteilung wie vorjahre gestatteten. Der Ueberschuß wurde dann 'zurückgestellt', reserviert oder 'abgeschrieben'. Dieses Verhalten hat schon stellenweise den schärften Widerspruch der kleinen Aktionäre hervorgerufen. z. B. bei der Deutsch-Lugemburgischen Gesellschaft. Die Nichtzahlung oder die Verringerung der Dividende ist also dementsprechend zu beurteilen.

zu entwickeln sind, wo unsere Unabhängigkeit durch die Pflege einer dauernden Selbstversorgung, wo sie durch bewußte Vorratshaltung gesteigert werden soll. Gleichzeitig ändern sich alle Fragen der Weltmarktbeziehungen; ebenso zu unseren Verbündeten wie zu unseren Gegnern, wie endlich zu den Neutralen; alle anderen Nationen werden sich dieselben Fragen stellen. Neue Fragen der Kolonialpolitik, und zwar um so neuer und bedeutungsvoller, je nachhaltiger unser Sieg wird! Neue Fragen der Versorgungspolitik für die Zivilisten und die Hinterbliebenen! Neue Fragen des Wiederaufbaus und der Entschädigung für alle Teile unserer Volkswirtschaft, die durch den Krieg gelitten haben! Neue Fragen der Finanzpolitik, sei es, daß wir über die beste Verwendung einer Kontribution von Millionen zu entscheiden haben, sei es, daß wir durch Zinsen für die Kriegsschuld und durch die neuen Ausgaben für den Wiederaufbau nach dem Kriege eine große Last neuer Steuern zweckmäßig verteilen müssen.

Aber auch da, wo die unmittelbaren Folgen des Krieges nicht so sichtbar hincinkommen, überall neue praktische Fragen! Ich habe gerade in diesen Tagen zu einer Denkschrift 'Ueber den Ausbau einer Unterrichtsanstalt zur Ausbildung praktischer Volkswirte' ein Begleitwort 'Aus dem Leben einer Idee' vollendet und darin ausgeführt, daß wir als notwendige Lehre des Krieges einen großen Neubau des wirtschaftlichen und politischen Unterrichts brauchen, zunächst für die praktischen Volkswirte, für die Politiker, Beamten, Journalisten usw., dann aber darüber hinaus für das ganze Volk. Mir scheint es ebenso unabweislich, ich habe das in meinem Kriegsbuch 'Der Krieg und die Volkswirtschaft' und in jenem Begleitwort zu meiner Denkschrift näher begründet, daß wir unsere Verwaltung in der Zusammenarbeit ihrer Organe und in der Ausbildung ihres Nachwuchses wesentlich verbessern müssen, und ich bin sogar der Meinung, daß das für die Weiterbildung unserer politischen Zustände und für die Erhöhung unserer staatlichen Kraft sehr viel wichtiger und folgenreicher sein würde als die Reform des preussischen Wahlrechts, von der man ja auch schon spricht. So geht das neue Programm der innerpolitischen Weiterarbeit ohne weiteres über den ganzen Staat. Aber auch Kultur und Wohlfahrt stellen neue Fragen. Für die Sozialpolitik werden neue Forderungen kommen. Wenn wir aber so fortfahren wollen, im Interesse der sozialen Gerechtigkeit auszugehen und zu verbessern, so muß vor allem eine klare Entschlossenheit darüber entstehen, wie wir unser Volk verwalten wollen, und wenn die eigentliche Entscheidungszeit des Krieges vorüber ist. Von allen sichtbaren Stellen unseres öffentlichen Lebens muß gerade dafür ein Vorbild gegeben werden, wie wir gleichzeitig durch wahlmännliche Einschränkung den Druck der Kriegsschulden auf unsere geschwächte Volkswirtschaft vermindern, und gleichwohl einen neuen Anstieg unserer Kultur und unserer Volksgesundheit möglich machen.

Also überall neue Vorschläge und neue Gedanken. Ja, es ist keine zu fürchten, daß nach der langen Ueberlastung unserer Behörden durch den Krieg auch noch ein Uebermaß fruchtlosester Reformberaterangens über uns hingehoben wird, wenn nach dem Krieg die Parteien wieder lebendig werden und nach einer zunächst noch ungenügenden inneren Ueberwindung der alten Gegensätze im Kampf um den Wähler von neuem aufeinanderstoßen. Dann kommt die Zeit der Projekte und der Kritik. Unklare Verberatungen und unklarer Tadel über begangene Fehler können dann bunt durcheinanderwirbeln, und Sie werden gut aufpassen müssen, daß Ihnen dann der Kopf nicht benommen wird. Je größer der Sieg, um so stärker die Gefahr der inneren Verwirrung für den Sieger, der keinen klaren Weg vor sich sieht. Galt es sich darum schon jetzt vor Augen, daß die gesellschaftliche Arbeit unseres Volkes noch nicht zu Ende ist, wenn der Krieg vorüber ist, sondern daß sie in mancher Hinsicht dann erst beginnt. Es ist ein alter Satz, daß das Siegen leicht ist, aber schwer, das durch den Sieg Gewonnene auch zu behaupten. Und gerade weil die Zukunft noch so viele Fragen birgt, wird auch die Jugend, die jetzt zum schaffenden Leben aufsteigt, ihr Teil an diesen Aufgaben zu tragen und zu lösen bekommen.

Junle-Konzern.

Die 'Deutsche Bergm.-Btg.' (Nr. 278) vom 31. Nov. 1915 berichtet: Die Gewerkschaft Cespel-Rossija in Kien ist mit der Gewerkschaft Lothringen in Gericke bei Bochum eine Interessengemeinschaft eingegangen, der voraussichtlich später ein noch engerer Zusammenschluß beider Gewerkschaften, als es im Interessengemeinschaftsvertrage vorgesehen ist, folgen wird. Die Gewerkschaft Cespel-Rossija ist aus der Vereinigung der früheren selbständigen Unternehmungen Cespel und Rossija entstanden. In den letzten Jahren ist die Firmenmehrheit in den Besitz der Düsseldorf-Rheinland-Industrie-Werke & Co. übergegangen, die in die bis dahin wenig auszubringenden arbeitenden Betriebe erhebliche Summen hineinsteckte und dadurch die Gewerkschaften allmählich zur Rentabilität brachte. Die Interessengemeinschaft ist so gedacht, daß die Gewerkschaft Lothringen einen Teil des Nutzenbesitzes der Firma Wulff & Co. übernimmt und dafür maßgebenden Einfluss auf die Leitung der Gewerkschaften gewinnt, was sich äußerlich auch durch entsprechende Anerkennung im Grubenvorstand von Cespel-Rossija geltend machen. Kommerzienrat K. Wulff in Düsseldorf leitet wie bisher Vorsitzender des Grubenvorstandes, die übrigen Herren treten zugunsten von Persönlichkeiten aus der Verwaltung der Gewerkschaft Lothringen zurück, und zwar werden neu in den Aufsichtsrat von Cespel-Rossija eintreten die Herren Ernst Ernst und Herrmann, Heinrich Grimberg in Bochum und Herr Junke jr. in Kien, die zurzeit den Grubenvorstand der Gewerkschaft Lothringen bilden. Weiter ist die Hinzunahme des Kommerzienrats Wulff in den Grubenvorstand der Gewerkschaft Lothringen demnach in Aussicht genommen. Der Betrieb der Bechen soll demnach bereinigt werden, daß die bisherigen Betriebsführer von Cespel-Rossija ausscheiden, an ihre Stelle treten die Bergwerksdirektoren Brandenbusch und Gehrke, beide von der Verwaltung der Gewerkschaft Lothringen in Gericke, wohin auch die Betriebsführung von Cespel-Rossija verlegt werden wird. Wie bekannt, besteht ein ähnliches Abkommen auch hinsichtlich der Gewerkschaft Freie Wozel und Unberchhoff in Görde, an der die Gewerkschaft Lothringen bezw. die Firma Wulff & Co. maßgebend beteiligt sind, auch hier ist zur Vereinigung der Betriebsführung die Leitung auf die Gewerkschaft Lothringen übergegangen und die Verhältnisse haben ergeben, daß die Gewerkschaft Freie Wozel und Unberchhoff seitdem wesentlich besser arbeitet.

Table with 3 columns: Name, Shares, Company. Lists names like Caroline bei Holzwickede, Graf Edwin, etc.

Die Gewerkschaft Cespel-Rossija, die also jetzt noch zum Junle-Konzern hinzukommt, hatte 1912 3 Schächte und 113 Mann Belegschaft. So wachsen die Gruben immer weiter und selbst der Krieg kann diesen Konzentrationsprozeß nicht aufhalten.

Staat und Kohlenindustrie.

Bei der Vorwahl der Mitglieder der ständigen Ausschüsse e und f des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandelsrats hat sich, so berichtet die 'Kölnische Volkszeitung', außer der grundsätzlichen erledigten Frage wegen der Stellvertreter, noch eine weitere Schwierigkeit gezeigt. Dem preussischen Staat ist nämlich von der Verarmung der Bechenbesitzer am 14. September dieses Jahres das Recht eingeräumt worden, in den ständigen Ausschüssen - mit Ausnahme des Preussisch-Ausschusses - vertreten zu sein. Nun sind die 'Hüttenbesitzer' als erste an die Wahl ihrer Vertreter in den erwähnten Ausschüssen e und f herangetreten. (Dem ständigen Ausschusse 'e' liegt die Regelung des Absatzes und die Vermittlung der dafür erforderlichen Mittel ob. Der ständige Ausschuss 'f' aber ist zur Regelung der Meannungslegung und zur Ueberwachung der Verkaufseinrichtungen berufen.) Die Hüttenbesitzer hätten sich nicht veranlaßt, dem Staat die Mitgliedschaft in den Ausschüssen zu sichern; denn die Verwaltung der dem Staat gehörenden Kohlenbergwerke hat es ausdrücklich abgelehnt, als 'Hüttenbesitzer' zu gelten. Allerdings hat man ihr ja in § 42 Ziffer 3 des Syndikatsvertrages das Recht zugestanden, bis zu 450 000 T. jährlich an Reichs- und Staatsbetriebe frei von der Meannungsumlage zu liefern; doch ist dieses Recht in Wirklichkeit nicht als Gewährung einer Teilungung am Verbrauch aufzufassen, weil die Lieferung jener 450 000 T. in Anrechnung auf die Teilungung am Verkauf erfolgt. Die 'reinen' Bechen übertreffe haben irrtümlich den Staat nicht als zu ihnen gehörig angesehen. Eine Verhinderung über die Wahl ihrer sechs ordentlichen und sechs stellvertretenden Mitglieder nur aber mit derartigen Schwierigkeiten verbunden, daß man ihnen nicht gut zumuten konnte, nun von ihrer Seite je ein ordentliches und je ein stellvertretendes Mitglied wieder zu streichen, um Vertreter des Staates an deren Stelle zu setzen. Im Mittel und Wege zu finden, diese Schwierigkeit zu beseitigen, hat sich der Aufsichtsrat des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandelsrats bereits mit der Angelegenheit befaßt und ist zu der Erkenntnis gekommen, daß sich als einziger gangbarer Ausweg empfiehlt, in den Ausschüssen e und f die Zahl der ordentlichen und der stellvertretenden Mitglieder auf je 11 zu erhöhen und dann die ersten Stellen dem Staat einzuräumen. Auch von dieser Anregung gibt freilich, daß sie probeweise erprobt und von der Verarmung der Bechenbesitzer erst genehmigt werden mußte. Da aber die dem Staat gegebene Zustimmung unter allen Umständen gehalten werden muß, wurde von den Bechenbesitzern gegen diese Vorschläge Widerspruch nicht erhoben. So läuft der Staat buchstäblich als erstes Rad am Wagen mit.

Was der russischen Bergwerksindustrie.

Nach den Mitteilungen der dortigen Industriellen betrug in Südrussland die Kohlenförderung während der ersten neun Monate 1915 noch 151,84 Millionen Rub (1 Rub gleich 10 1/2 Kilogramm), gegen 122,57 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Rückgang ist viel weniger bedeutend als erwartet wurde. - Die Kohlenausbeute im Ural bezifferte sich in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres auf 40 121 253 Rub gegen 41 785 000 Rub in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Windertrag von 1 066 717 Rub entfällt ausschließlich auf die Gruben von Demidow, deren Förderung um 1 787 000 Rub abgenommen hat. Die größte Ausbeute hatten die Bechen des größten Abamelet-Lagers, die 25 400 000 Rub Kohlen gutaus gefördert. Die Eisenindustrie hat in den ersten sieben Monaten, verglichen mit den ersten sieben Monaten des Vorjahres, eine Verringerung aufzuweisen. Die Produktion betrug 22 017 358 Rub (20 924 180). An erster Stelle steht die Erzeugung von Walteisen mit 8 518 824 Rub und Corleisen mit 4 883 643 Rub. In Schwaben wurden 3 369 391 Rub (4 460 816) gewalzt. Eine starke Erhöhung weist die Produktion von Drahterzeugnissen auf, nämlich 859 413 Rub gegen 587 300 Rub im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Kupferproduktion belief sich vom 1. Januar bis 1. August 1915 auf 673 203 Rub, das sind 49 000 Rub weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Der hessische Bergbau

geht hauptsächlich auf Eisenerze um. Johann auf Rothe und Kupfer. Eisenerze die vorwiegend ausgeführt werden, sind 1915 rund 9 562 000, Kupfer 3 783 000, Kupfererze 2 256 000 Tonnen gefördert worden. Der Gesamtwert der Grubenförderung betrug 260,7 Millionen Pfennig (1 Pfennig = 100 Mk.). Beschäftigt wurden 119 425 Grubenarbeiter, darunter auch Frauen. In den Hüttenwerken waren 27,957 Arbeiter beschäftigt.

Die Gelbaushute Transvaals

wird 1915 die des Vorjahres bedeutend übersteifen, 1914 betrug sie 35 1/2 Millionen Pfund Sterling (1 Pfund Sterling = 20 Mark). Bis inklusive Oktober 1915 war die Ausbeute des Jahres schon circa 3 Mill. Pfund Sterling höher als gleichzeitig im Vorjahre. Ende Oktober waren in den Goldminen 210 017 Arbeiter, bis auf einige zehntausend Weiße alles Negere, beschäftigt. Es sind meist Kontraktarbeiter, deren Lohn kein Beneidenswertes ist.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Ein abgekränkter Gelber.

In der 'Arbeiterzeitung' produziert sich ein gewisser Betsch auch allseitig als leidenschaftlicher Sozialphilosoph. Unlängst behauptete er, durchaus vom Unternehmerrstandpunkt, die starke Zunahme der industriellen Frauenarbeit während des Krieges. Diese Zunahme begrüßt der Philosoph auch als einen wertvollen sozialen Fortschritt. Als besondere Werte heiligt er sich die Behauptung, daß in den Betrieben, wo die Frau für die gleiche Arbeit einen niedrigeren Lohn beziehe als der Mann, sie nicht zu gering bezahlt sei. Vielmehr werde diese Behauptung dahin 'umgedeutet' sein, daß nicht die Frau zu wenig, sondern der Mann zuviel erhält. Diese Weisheit ging selbst dem sonst so braven Organ der wirtschaftlichen Verbände über die Gabeln. In einer Polemik gegen den Herrn Dr. Kuh von der 'Arbeiterzeitung' schreibt der gelbe 'Bund':

Ein Betrieb, der nur dadurch aufrechterhalten werden kann, daß er übermäßig weibliche Arbeitskräfte beschäftigt, weil sie erheblich billiger sind, der aus Wettbewerbsbedingten Löhnen zahlt, die zu einer angemessenen Lebenshaltung nicht ausreichen, ist auf die Dauer nicht lebensfähig und nicht lebenswürdig.

Wir trauten unseren Augen kaum, als wir diese Worte an jener Stelle lasen. Sie sind übrigens im Original durchschossen; das gelbe Blatt will also einen besondern Nachdruck darauf legen. Man erschreiekt natürlich vor der Energie, die der 'Bund' gegen das Unternehmertum aufbringt, welches seine Existenz auf billige Arbeitskräfte aufbaut. Doch die Abstraktion für diese Sünde gegen das Interesse der 'Arbeiter' ließ nicht lange auf sich warten. Die 'Arbeiterzeitung' verweist dem gelben 'Bund' diesen Namen ab:

Der Verurteilter erweist sich als ein guter Kenner und Schlichter Bedarfs, dessen Ausführungen über 'Die Frau und der Sozialismus' ihm offenbar zur Richtschnur gedient haben, ja, in gewisser Beziehung übertrumpft er sogar die rein sozialdemokratische Stellungnahme. Im ganzen bedeutet aber diese nach Form und Inhalt gleich unerwartliche Glossierung unseres Artikels eine böse Verleumdung der Leser. Es sind einige Stellen zusammenhanglos herausgegriffen, und andere Stellen, die für die ganze Beurteilung entscheidend sind, verschwiegen worden.

Am Ende wird dem 'Bund' noch vorgeworfen, daß er mit seinem Angriff der sozialdemokratischen Presse eine willkommene Gelegenheit zu allerhand schadenfrohigen Randbemerkungen gegeben habe. Diese Uebertreibung ist dem 'Bund' ganz recht. Wie kann er es auch wagen, gegen die Ansicht der 'Arbeiterzeitung' etwas vorzubringen. Als Sprachrohr der Gelben muß er alles, was von Unternehmenseite kommt, als gegebene Tatsache hinnehmen. Einen Widerspruch gibt es nicht. Dafür ist er eben ein gelbes Organ.

Wirkstände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Reiche Gruben in Westmar. Hier erhalten die Schichtführer mit wenigen Ausnahmen noch denselben Lohn wie vor dem Kriege. Wohl war gelegentlich der Erörterung der Lohnfrage mit dem Arbeiterausschuß in Aussicht gestellt, daß die Löhne der Schichtführer ebenfalls geprüft und wenn nötig erhöht werden sollten. Es ist indessen nur wenig geschehen, obwohl die Lebenshaltung sich weiter ganz außerordentlich vermindert hat. Die Mehrheit der Schichtführer will es allerdings auch gar nicht besser haben, sonst hätte sie sich längst unserem Verbände angeschlossen. Die Nichtorganisierten verdienen wirklich kein Mitleid.

Reiche Gruben III und IV. Verdrängung. Zu Ihrer Erinnerung in Nr. 45 berichtet Aufseher J., daß alle gefördertten Wagen stets richtig angefahren worden seien. Es liegt kein Grund vor, diese Angaben zu bezweifeln, da seit 44 Jahre ununterbrochen hier beständig und als zuverlässig bekannt ist. Am 25. und 27. Nov. 1914 und 19. Mai d. J. sind einige Personen ermittelt worden, die an verschiedenen Stellen in der Grube Kohlenwagen unnummeriert haben. Sie sind feinerzeit der Personalmatrosen angeklagt, bestraft und von der Grube entlassen. Personalmatrosen sind für Bergbau und Hüttenbetrieb. Abteilung Bergwerksverwaltung. (Namen untersehrlich.) Reiche Gruben IV und V. Der Betriebsführer muß hier die Verhältnisse unterstreichen. Nun ist es schon wiederholt vorgekommen, daß er Arbeiter den Vorkaufsbesitz, statt ihn zu unterstreichen, gerich, ohne die Verhältnisse näher zu prüfen. Es kann aber doch jeder Mensch in eine unvermeidliche Follage geraten. Da muß eine solche Behandlung besonders verlegend wirken. Es wäre auch zu wünschen, daß die Ausfahrt ebenso pünktlich beginnt, wie die Einfahrt geschlossen wird. Aber bei der Ausfahrt nimmt man es selber nicht so genau. Jede Woche wird in den verschiedenen Revieren zweimal 1/2 Schicht verfahren. Ein Teil der Belegschaft fährt also immer zur gewöhnlichen Zeit ein und aus. Da wäre es notwendig, daß während des Schichtwechsels die Kohlenförderung in den Querschlägen eingestellt wird, damit die Arbeiter ungehindert und ungehindert passieren können.

Reiche Gruben und Charlottenburg. Die Seilfahrt beginnt hier meistens schon 10 Minuten vor der festgesetzten Zeit, mittags aber 10 Minuten später, so daß den Arbeitern auf diese Weise die Schicht um 20 Minuten verlängert wird. Einmal konnte die Belegschaft sogar erst 1 1/2 Stunde nach der festgesetzten Zeit herauskommen, weil die Seilbahn der Fördererzeit übergebenen hatten und daselbst erst wieder einbinden mußten. Das sind doch wirklich unhaltbare Zustände, die zeigen, daß es an nötiger Ueberwachung wirklich hat. Selbstverständlich kommen die Arbeiter zur festgesetzten Zeit immer zum Schacht, um auszufahren und müssen dann in ihren durchschrittenen Leitern in dem letzten starken Weiterzug warten. Tag dadurch die Gesundheit leidet und letzten Endes auch die Beche benachteiligt wird, ist selbstverständlich, aber das scheint man an verantwortlicher Stelle nicht einzusehen. Es ist auch schon vorgekommen, daß Arbeiter, die keine 1/2 Schicht verfahren konnten oder wollten, nicht herauskommen, sondern warten mußten. Auch das ist zu verurteilen und widerspricht den Versicherungen der obersten Bergbehörde, wonach kein Zwang zu Ueberstehen geübt werden sollte. Zu bemängeln ist auch, daß der elektrische Strom beim Schichtwechsel oder wenn Leute abfahren müssen, oft nicht früh genug abgestellt wird. Dem Fahrsteiger wird wäre etwas mehr Rücksicht und Entgegenkommen den Arbeitern gegenüber sehr zu empfehlen. Das sogenannte 'Stränkenladen' wird ebenfalls noch gefördert, obwohl der Minister Dr. Endow in einer Besprechung mit den Vertretern der Bergarbeiterverbände am 11. August 1915 ausdrücklich erklärte, das Verlangen, die Wagen müßten über das Maß hinaus gehäuft guttage kommen, sei ungeschicklich! Nun liegt es an den Arbeitern, ob sie sich das ungeschickliche Verlangen weiter gefallen lassen.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Wilmshofen erhielt, an Stelle des verstorbenen, einen neuen Betriebsführer, Herrn A. Leine. Es ist naturgemäß, daß bei Uebernahme in ein höheres Amt der Retirende seine Tüchtigkeit beweisen will. Nun ist gegen diese Bestrebungen, wenn sie sich auf ein Gebiet erstreckt, das für die Arbeiter keine Nachteile bringt, nichts einzuwenden. Herr Leine tut dies aber auf Kosten der Arbeiter. Zuerst hat er ihn das Metergeld ansetzen und er sucht es mit Stumpf und Stiel auszuwickeln. Eine Vergütung dafür auf Kohlengebirge gibt es nicht, oder, und dann beim größten Haber, einen geringen Teil. Ferner müssen im Tiefbau vom 1. November ab die Arbeiter das Gefolge bezahlen. Auch dafür gibt es keine Vergütung, so daß auch dadurch eine Ueberforderung von 10-25 Pf. und mehr vom Wagen Kohlen entsteht. Festsetzen die Arbeiter darauf, daß ihnen ein Lohn von 7 M. zuzuf. so sagt er: 'Gehört, ihr sollt 7 M. verdienen, ich will, daß ihr 7 M. verdient.' Den Rest, wie man auf dieses reduzierte Gebirge 7 M. verdienen kann, näherte man zum früheren Gebirge bei größter Anstrengung nicht an die 7, manchmal kaum auf 6 M. kam, bleibt er schuldig. Bis jetzt wurden auch keine Plätze abgebaut, und durch Verhinderung wurde die Förderung pro Kopf der Belegschaft erhöht. Der neue Betriebsführer will die Fördererzeit dadurch steigern, indem er die kleineren Plätze entlastet und die Ergiebigeren stärker belegt. Durch die übermäßige Belegung einzelner Arbeiter werden die Arbeiter benachteiligt. - Der Schrei nach Kohlen nimmt gefährliche Formen an. Die unteren Beamten werden angetrieben und diese besorgen dies bei den Arbeitern: 'Kohlen, Kohlen! Merkt, schickt Kohlen!' Im Tiefbau sind in letzter Zeit kurz hintereinander zwei tödliche Unfälle durch herabfallendes Gestein vorgekommen. Die wilde Jagd, die früher nicht so schlimm war, trägt ebenfalls nicht zum Besseren. Stets heißt bei. Während unsere Nachbarrepublik in Holland Lohnaufbesserungen



